



Foto: P. Jeffrey

Friedens-Rally in der südsudanesischen Hauptstadt Juba

## Kein Staat, nirgends

Im Südsudan hat die Abspaltung nichts Gutes bewirkt

Selten hatte eine separatistische Bewegung so viele gute Gründe für die Abspaltung wie diejenige des Südsudans. Doch selbst hier ist das Ergebnis ernüchternd. Heute wird das 2011 neu entstandene Land vom Konflikt zwischen verschiedenen Fraktionen des Sudan People's Liberation Movement zerrieben.

von **Ruben Eberlein**

28

► Als am 9. Juli 2011 im südsudanesischen Juba die Flagge eines neuen Staates gehisst wurde, war die Freude unter den EinwohnerInnen unermesslich. Nach Jahrzehnten des Bürgerkrieges gegen den islamistisch regierten Norden und dessen Eliten sollte nun alles anders werden: Mit der Abspaltung verbanden sich Hoffnungen auf ein friedliches Leben, auf die Verbesserung der katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Lage und auf eine Regierung, die an den Interessen der Bevölkerung orientiert ist.

Auch in der internationalen Gemeinschaft, in den Nachbarländern und nicht zuletzt in linken Kreisen des Westens bejubelte man die erfolgreiche Separation unter der Führung der Sudan People's Liberation Movement (SPLM). Der blutige Krieg, der Millionen Menschen das Leben gekostet hatte, schien beendet. Reichliche Erdölvorräte statteten den Südsudan mit dem notwendigen Startkapital aus, um die Landwirtschaft beleben, eine einheimische Industrie aufbauen und die dafür notwendige Infrastruktur schaffen zu können. Möglich machte all dies das Comprehensive Peace Agreement (CPA) zwischen dem Norden und der SPLA, das im Jahre 2005 geschlos-

sen wurde. Es regelte neben dem Weg in die Unabhängigkeit auch die Verteilung der Einkünfte aus dem Ölgeschäft, das Ende der Kampfhandlungen und eine Demokratisierung der Regierungsführung. Im Januar 2011 stimmten fast 99 Prozent der Wahlberechtigten für die Unabhängigkeit des 12,3 Millionen EinwohnerInnen großen Landes.

### Tiefe Wunden auf allen Seiten

► Die Euphorie jener Tage – sowohl im Südsudan als auch in der internationalen Gemeinschaft – ist verständlich. Der Jahrzehnte andauernde Krieg hatte die Gräben zwischen dem Norden, regiert von einer Koalition aus Militärs und Islamisten, und dem Süden unüberbrückbar werden lassen. Wie das Ergebnis des Referendums zur Unabhängigkeit zeigte, war der Wunsch nach Eigenständigkeit in der kriegsmüden Bevölkerung überwältigend. Und auch der Westen – und besonders die Südsudan-Lobby in Washington – sah in der Abspaltung des Südens die einzige Möglichkeit für eine Beilegung des Konfliktes.

Fünf Jahre später bleibt von diesen Hoffnungen nichts zurück. Seit dem Dezember 2013 tobt im Südsudan ein Krieg zwischen zwei Fraktionen der herrschenden SPLM, der durch die Absetzung des Vizepräsidenten Riek Machar durch Präsident Salva Kiir ausgelöst wurde. Die Milizen und regulären Soldaten rekrutieren sich überwiegend entlang ethnischer Linien, doch was auf den ersten Blick wie eine Konfrontation zwischen Dinka (der Ethnie des Präsidenten) und Nuer (Machars Gruppe) aussieht, ist ein blutiger

Kampf um die Ressourcen des Landes: Erdölerlöse und Entwicklungshilfegelder.

Dieser Machtkampf wird mit äußerster Brutalität geführt. Zehntausende Menschen, überwiegend ZivilistInnen, kamen seit Ende 2013 ums Leben, Hunderttausende befinden sich auf der Flucht. Erst im März detaillierte ein UN-Bericht das kriminelle Vorgehen der Kriegsgegner: Massenvergewaltigungen, eine Politik der verbrannten Erde, willkürliche Morde und Verbrennungen bei lebendigem Leib sind an der Tagesordnung. Zwar fokussierte die UN in ihrem Bericht auf die Soldateska unter dem Kommando des amtierenden Präsidenten. Doch beide Seiten in diesem Konflikt stehen unter dem dringenden Verdacht, Kriegsverbrechen nicht nur geduldet, sondern regelrecht ermutigt zu haben. Für den fehlenden Sold können sich die Milizen mit Plünderungen und der Lizenz zum Vergewaltigen und Töten schadlos halten.

»Dieser Krieg war so zerstörerisch und entzweierend, dass er tiefe Wunden unter den SüdsudanInnen hinterlassen hat«, berichtet Paula Cristina Roque. Sie berät verschiedene Organisationen im Südsudan und beendet gerade ihre Promotion zum Land an der Universität Oxford. »Der Konflikt hat ihren nationalen Zusammenhalt gebrochen und Jahrzehnte der Entwicklung und der sozialen Errungenschaften zunichte gemacht.« Heute, so Roque, würden die SüdsudanInnen meinen, dass dies nicht nur ein politischer, sondern auch ein wirtschaftlicher Krieg sei. Es gebe mehr Leiden, Armut und Verzweiflung denn je. Der Grad der Gräueltaten sei beispiellos im Vergleich zu dem, was in den 1990er Jahren geschehen sei.

### Die SPLM ist der Staat

► Ein auf Druck der Regionalorganisation IGAD sowie angesichts von Sanktionsdrohungen des Westens zustande gekommenes Abkommen, das im August 2015 unterzeichnet wurde, sollte dem Land Frieden bringen. Vereinbart wurden die Demilitarisierung der Hauptstadt Juba und die Wiedereinsetzung des ehemaligen Vizepräsidenten Machar. Doch es dauerte bis Ende April 2016, bis er wieder seine Position übernahm. Es ist offensichtlich, dass die Hauptkontrahenten sich nicht über den Weg trauen und ihre Truppen weiter in Alarmbereitschaft halten.

So glauben ExpertInnen wie der Konfliktforscher Alex de Waal nicht, dass das Abkommen zwischen den SPLM-Fraktionen einen dauerhaften Frieden bringen kann (siehe Interview in iz3w 352). Vielmehr liefe das Übereinkommen auf eine Verteilung der Renten aus dem Ölgeschäft und der internationalen Entwicklungshilfe hinaus, was deshalb nicht stabil sei, weil nicht genügend Ressourcen zur Verteilung zur Verfügung stehen. Unter diesen Bedingungen können die Ansprüche der vielen Klienten – vor allem ehemalige und aktive Mitglieder der Befreiungsarmee – nicht befriedigt werden.

In den vergangenen fünf Jahren wurde von der herrschenden SPLM praktisch nichts in den Aufbau von öffentlichen Institutionen und einer unabhängigen Verwaltung investiert. Ein Staat in diesem Sinne existiert faktisch nicht – die SPLM ist der Staat. Somit ist nur logisch, dass eine Krise in dieser dominanten Partei das gesamte gesellschaftliche Gefüge im Land, das ohnehin schon gezeichnet ist von vielen lokalen und regionalen Konflikten, ins Wanken bringt. Eine Vision, die über die bloße Herrschaft der Bürgerkriegseliten und die klientelistische Befriedung ihrer AnhängerInnen hinausgeht, fehlt gänzlich.

### Heute bestimmt wieder die unvermittelte Herrschaft der Banden den Alltag

Die BewohnerInnen des Südsudans machen folgerichtig vor allem die derzeitige Führung des Landes für die Entwicklungen der vergangenen Jahre verantwortlich, berichtet Paula Cristina Roque aus Juba. »Viele zeigen auf die Regierungspartei als Verantwortliche dafür, ihre internen Konflikte nicht regeln zu können. Andere beschuldigen die herrschenden Eliten auf allen Seiten der Korruption und der schlechten Regierungsführung. Darüber hinaus existieren verschiedene Konflikte auf der lokalen Ebene, alte Missstände und ungeklärte Probleme, die wiederbelebt wurden und sich mit der derzeitigen Dynamik vermischen. Das bedeutet, dass die Communities in jeder Beziehung in Mitleidenschaft gezogen wurden.«

Ähnlich wie im Falle Somalias ist fraglich, ob man den jüngsten Entwicklungen im Südsudan mit dem Begriff des Staatszerfalls gerecht werden kann. Denn er setzt voraus, dass es einen funktionierenden Staat mit unabhängigen Institutionen gegeben hat. Im Südsudan ist das nicht der Fall. Nach einer kurzen Phase des

Arrangements der Oligarchie bestimmt nun wieder die unvermittelte Herrschaft der Banden den Alltag. Während der Übergangszeit des CPA, so Roque, gab es ein enormes Engagement für einen friedlichen Verlauf des Referendums und der Transition zur Unabhängigkeit. »Doch es wurde nicht genug getan, um zu garantieren, dass die zur Verfügung gestellten Gelder koordiniert und verantwortlich verteilt wurden.«

### Politische Unternehmer mit Kalkülen

► So mutet es etwas hilflos an, wenn etwa der südsudanesischer Journalist Ater Garang Ariath in einem Offenen Brief vom Mai den Präsidenten Salva Kiir darum bittet, er möge sich mit fähigen BeraterInnen umgeben, um Entscheidungen im Sinne der Bevölkerung treffen zu können. Das setzt voraus, dass es eher unbewusste Fehlentscheidungen der politischen Führung wären, die zum Niedergang des südsudanesischen Traumes von Unabhängigkeit und Eigenständigkeit geführt hätten. Dieses Denken erinnert an den Vorschlag des US-amerikanischen Afrikaexperten Robert I. Rotberg in seinem Buch »Africa Emerges«, man solle die Führer afrikanischer Despotien in guter Regierungsführung unterrichten und dann werde sich das Blatt zum Besseren wenden.

Die Naivität dieser Sichtweise ist offensichtlich. Es sind keine Fehlentscheidungen, die Machthaber Kiir und seinen Gegenspieler Machar in den Krieg geführt haben, sondern die rationale Abwägung der politischen und militärischen Optionen. Beide dürften bestens unterrichtet sein über die Vorzüge des westlichen Staatsmodells, einer unabhängigen Justiz und legitimer Institutionen. Doch in einem Land wie Südsudan sind die Bedingungen gänzlich anders: Hier zählt die erfolgreiche Versammlung einer möglichst großen Schar von Klienten durch die direkte Vermittlung von persönlicher Sicherheit und materiellen Ressourcen.

Kein Capacity Building-Programm der internationalen Entwicklungshilfeindustrie wird an diesen Gegebenheiten etwas verändern können. Die Abspaltung eines Landesteils schon gar nicht. Die Bevölkerung befindet sich in Geiselschaft einer in sich zerstrittenen Clique von politischen Unternehmern, die ihren Ambitionen mit brutaler Gewalt Nachdruck verleiht.

► **Ruben Eberlein** ist Afrikanist und Journalist in Berlin.